

Information über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten

Verarbeitung von Mitgliederdaten

Neue Rostocker Wohnungsgenossenschaft e.G.

Schiffbauerring 33/34

18109 Rostock

Deutschland

Telefon: +49 381 123 81-0

E-Mail: service@neue-rostocker.de

Inhaltsverzeichnis

Verantwortlichkeiten	3
Verantwortlichkeiten	3
Zuständigkeiten	3
Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	3
Information über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten	4
Beschreibung	4
Zweck der Datenverarbeitung	4
Rechtsgrundlage	5
Berechtigte Interessen	5
Speicherdauer	5
Erfordernis und Folgen der Nichtbereitstellung	6
Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling	6
Datenempfänger	6
Empfänger der personenbezogenen Daten außerhalb des Unternehmens / der Behörde	6
Absicht der Übermittlung an ein Drittland oder internationale Organisation	7
Angemessenheitsbeschluss der EU Kommission	7
Garantien und Erhalt der Garantien	7
Rechte der Betroffenen	8
Recht auf Auskunft	8
Recht auf Berichtigung	8
Recht auf Löschung	8
Recht auf Einschränkung der Verarbeitung	9
Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung	9
Recht auf Datenübertragbarkeit	9
Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde	9

1 Verantwortlichkeiten

1.1 Verantwortlichkeiten

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist:

Neue Rostocker Wohnungsgenossenschaft e.G.

Schiffbauerring 33/34

18109 Rostock

Deutschland

Telefon: +49 381 123 81-0

E-Mail: service@neue-rostocker.de

1.2 Zuständigkeiten

1.3 Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Wirtschaftskontor Weinert WKW Beratungsgesellschaft mbH

André Weinert

Beim Wendentor 1

18055 Rostock

Deutschland

Telefon: 0381-8170820

E-Mail: a.weinert@wirtschaftskontor-weinert.de

2 Information über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten

2.1 Beschreibung

Die Neue Rostocker Wohnungsgenossenschaft e.G. gründete sich 1996. Mitglieder- und Wohnernähe, Verständnis, soziale Betreuung und Engagement in den Wohngebieten zählen zu den Selbstverständlichkeiten der Arbeit von Vorstand und Mitarbeitern. Komplexsanierung, Wohnumfeldgestaltung und Schaffung von PKW-Stellplätzen erhöhen die Attraktivität des Wohnens. Die Satzung und das Genossenschaftsgesetz gewährleisten dabei, dass die Investitionen nach dem Willen der Mitglieder geplant und umgesetzt werden, denn alle wichtigen Genossenschaftsentscheidungen obliegen der Mitgliederversammlung. Eine angemessene Vergrößerung der Verwaltung, gut durchdachte Organisations- und Strukturentscheidungen gewähren den reibungslosen Übergang auf die Genossenschaftsgröße ohne Verluste an Mitgliedernähe, Flexibilität und sozialen Zuwendungen.

2.2 Zweck der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre persönlichen Daten, soweit dies erforderlich ist, zu folgendem Zweck / zu folgenden Zwecken:

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten für die folgenden Zwecke: a) zur Durchführung von vorvertraglichen Maßnahmen und/oder zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten gemäß Art. 6 Abs. 1b DSGVO: Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt zur Anbahnung und/oder Abschluss sowie Erfüllung von Nutzungsverträgen, zur Vermittlung und Verwaltung der Mitgliedschaften unserer Genossenschaft oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen, die auf Anfrage hin erfolgen. b) Im Rahmen der Interessenabwägung gemäß Art. 6 Abs. 1f DSGVO: Soweit erforderlich, verarbeiten wir personenbezogene Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages oder der vorvertraglichen Maßnahmen hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder von Dritten. Dazu gehören:

- Kaufmännische und technische Verwaltung von Wohnungen, Gewerbeeinheiten und Stellplätzen für Pkw´s
- Verwaltung aller Mitgliedsangelegenheiten
- Konsultationen von Datenaustausch mit Auskunfteien zur Ermittlung von Bonitäts- bzw. Ausfallrisiken im Vermietungsbetrieb
- Weitergabe von Kontaktdaten an externe Handwerker zur Terminvereinbarung
- Wahrnehmung der gesetzlich vorgeschriebenen Verpflichtungen (Verkehrssicherungspflichten, Legionellenprüfung)
- Sozialberatung auf Anfrage unserer Mitglieder und Nutzer
- Ausübung der gesetzlichen Informationspflicht im Rahmen von Auskunftersuchen Dritter (Ämter, Ermittlungsbehörden)

- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs unserer Wohnungsgenossenschaft
- Verhinderung und Aufklärung von Straftaten
- Maßnahmen zur Gebäude- und Anlagensicherheit (z.B. Zutrittskontrollen mithilfe elektronischer Schließanlagen soweit vorhanden)
- Maßnahmen zur Sicherstellung des Hausrechts

2.3 Rechtsgrundlage

Die im Zusammenhang mit dem Zweck/den Zwecken der Verarbeitung stehende/n Rechtsgrundlage/n für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist / sind:

- Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO – Rechtmäßigkeit der Verarbeitung (Einwilligung)
- Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO – Rechtmäßigkeit der Verarbeitung (Vertrag)
- Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO - Rechtmäßigkeit der Verarbeitung (Berechtigtes Interesse)

2.4 Berechtigte Interessen

Die Angabe der „berechtigten Interessen“ des Verantwortlichen oder des Dritten, die mit der Verarbeitung personenbezogener Daten verfolgt werden sollen, bezieht sich auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO.

- Die Verarbeitung der von Ihnen überlassenen personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung vertraglicher Pflichten, die sich aus dem mit uns geschlossenen Vertrag ergeben, notwendig.

2.5 Speicherdauer

Die Speicherdauer enthält die Information darüber, wie lange wir die Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten vornehmen bzw. wann diese gelöscht werden.

- Nach Entfallen des jeweiligen Verarbeitungs- und Nutzungszweckes gelten einschlägige gesetzliche Aufbewahrungsfristen nach AO, BGB, HGB, DSGVO und BDSG.
- Mietinteressentendaten werden grundsätzlich 6 Monate nach letzter Kontaktaufnahme vollständig gelöscht, sofern nicht anderweitige gesetzliche Aufbewahrungsfristen entgegenstehen oder die Aufbewahrung der Daten der Rechtsverfolgung dienen. Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften:
- Bei Notwendigkeit der Erhaltung von Beweismitteln etwa im Rahmen gerichtlicher Verfahren wird auf folgende Speicherungsfristen hingewiesen: Die Verjährungsfristen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) können bei Vorhandensein eines gerichtlichen Titels bis zu 30 Jahre betragen (§§195 ff. BGB). Sofern kein gerichtlicher Titel gegen die betroffene Person erwirkt wurde, greift die regelmäßige Verjährungsfrist von drei Jahren.

2.6 Erfordernis und Folgen der Nichtbereitstellung

Die Bereitstellung von personenbezogenen Daten durch betroffene Personen kann gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben oder für einen Vertragsabschluss erforderlich sein. Ebenso kann eine Verpflichtung bestehen, die personenbezogenen Daten bereitzustellen.

- Die Bereitstellung der Daten ist für den angestrebten Vertragsabschluss notwendig.

Sofern die personenbezogenen Daten nicht bereitgestellt werden, könnte diese Nichtbereitstellung die folgenden Konsequenzen nach sich ziehen:

- Eine Verarbeitung Ihrer Daten zu oben genanntem Zweck ist nur möglich, falls Sie die personenbezogenen Daten bereitstellen.

2.7 Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Die betroffene Person hat das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die ihr gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt.

- Eine automatische Entscheidungsfindung oder ein Profiling findet nicht statt.

2.8 Datenempfänger

2.8.1 Empfänger der personenbezogenen Daten außerhalb des Unternehmens / der Behörde

Der Begriff des „Empfängers“ wird in Art. 4 Nr. 9 DSGVO definiert als "eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, der personenbezogenen Daten offengelegt werden, unabhängig davon, ob es sich bei ihr um einen Dritten handelt oder nicht".

- Auskunftsteilen zur Einholung von Bonitätsauskünften
- Softwaresystemhäuser für EDV Anwendungen (ERP-Systemhersteller)
- IT-Service-Dienstleister
- Handwerkerbetriebe und Dienstleister für die Ausführung von Instandsetzungs-, Modernisierungs- und Wartungsarbeiten
- Messdienstunternehmen und Versorgungsunternehmen (z. B. Stadtwerke, Ista)
- Akkreditierte Labore (Legionellenprüfung)
- Versicherungsunternehmen zur Regulierung bei Schadensfällen
- Behörden und Ämter im Rahmen der Erfüllung des Vertrages bei Vorliegen einer Einverständniserklärung bzw. bei Vorhandensein einer gesetzlichen Pflicht
- Wirtschaftsprüfer im Rahmen eines Jahresabschlusses

- Banken
- Versorger (z.B. für Strom, Wärme)
- statistisches Landes- oder Bundesamt

2.8.2 Absicht der Übermittlung an ein Drittland oder internationale Organisation

Die Übermittlung personenbezogener Daten an eine „internationale Organisation“ (vgl. Begriffsbestimmung Art. 4 Nr. 26 DSGVO) oder an Verantwortliche, Auftragsverarbeiter oder sonstige Empfänger in einem Land außerhalb der Europäischen Union (EU) und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) birgt aus Sicht der betroffenen Person besondere Datenschutzrisiken.

- Wir beabsichtigen nicht, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder internationale Organisation zu übermitteln.

2.8.3 Angemessenheitsbeschluss der EU Kommission

Eine Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation darf vorgenommen werden, wenn die Kommission beschlossen hat, dass das betreffende Drittland, ein Gebiet oder ein oder mehrere spezifische Sektoren in diesem Drittland oder die betreffende internationale Organisation ein angemessenes Schutzniveau bietet.

- entfällt

2.8.4 Garantien und Erhalt der Garantien

Eine Übermittlung personenbezogener Daten an eine internationale Organisation darf vorgenommen werden, wenn hinreichend Garantien vorliegen, dass die betreffende internationale Organisation ein angemessenes Schutzniveau bietet.

- entfällt

3 Rechte der Betroffenen

3.1 Recht auf Auskunft

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten.

- Sie haben das Recht auf Auskunft über die von uns zu Ihrer Person verarbeiteten personenbezogenen Daten. Bei einer Auskunftsanfrage, die nicht schriftlich erfolgt, bitten wir um Verständnis dafür, dass wir dann ggf. Nachweise von Ihnen verlangen, die belegen, dass Sie die Person sind, für die Sie sich ausgeben.

3.2 Recht auf Berichtigung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen.

- Ferner haben Sie ein Recht auf Berichtigung, das heißt Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Ihrer unrichtigen personenbezogenen Daten verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten — auch mittels einer ergänzenden Erklärung — zu verlangen.

3.3 Recht auf Löschung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen.

- Sie haben das Recht, von uns zu verlangen, dass Ihre Daten unverzüglich gelöscht werden. Wir sind verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:
 - Zwecke, für die die personenbezogenen Daten erhoben wurden, entfallen.
 - Sie widerrufen Ihre Einwilligung der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
 - Sie widersprechen der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
 - Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
 - Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
 - Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Artikel 8 Absatz 1 erhoben.

3.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen.

- Sie haben das Recht die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist: a. Die Richtigkeit der personenbezogenen Daten wird von Ihnen angezweifelt. b. Die Verarbeitung ist unrechtmäßig; Sie lehnen eine Löschung jedoch ab. c. Personenbezogene Daten werden für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt; Sie benötigen die Daten jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. d. Sie haben Widerspruch gegen die Verarbeitung gem. Art. 21 Abs. 1 DS-GVO eingelegt. Solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen Ihnen gegenüber überwiegen, wird die Verarbeitung eingeschränkt.

3.5 Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f erfolgt, Widerspruch einzulegen.

- Insbesondere haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung Ihrer Daten im Zusammenhang mit einer Direktwerbung, wenn diese auf Basis einer Interessenabwägung erfolgt. Hierzu wenden Sie sich bitte an den Verantwortlichen der Verarbeitung.

3.6 Recht auf Datenübertragbarkeit

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln.

- Sie haben das Recht die von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format von dem Verantwortlichen zu erhalten. Eine Weiterleitung an einen anderen Verantwortlichen darf von uns nicht behindert werden.

3.7 Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Die betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn die Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt. An folgende Aufsichtsbehörde/n kann eine solche Beschwerde gerichtet werden:

- Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern
Werderstr. 74 a, 19055 Schwerin
Telefon: 0385/59494-0; E-Mail: info@datenschutz-mv.de